



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Untersuchungen zur altsächsischen Standesgliederung

Heck, Philipp

Stuttgart, 1936

5. Auffassung als Kollisionsnorm

[urn:nbn:de:hbz:466:1-72426](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-72426)

4. Die vorstehende Auffassung wird durch die Beziehungen bestätigt, welche sich zwischen der Lex Ribuarica und unserem Gesetze ergeben. Die Lex Ribuarica war, wie oben ausgeführt¹³⁰⁾, der karolingischen Kanzlei besonders vertraut. Es ist deshalb anzunehmen, daß sie schon bei dem ersten Gegenstande der Verhandlung, bei der Anwendung der Aktivstufung auf das Bannstrafrecht berücksichtigt wurde. Denn die Lex Ribuarica ist ja das einzige Gesetz, welches eine Herabsetzung des Königsbanns von 60 Schillingen zugunsten unterer Klassen enthält¹³¹⁾, also diejenige Begünstigung, welche in c. 1 und 2 in Hinsicht auf die Sachsen erwogen, aber verneint worden ist. Die Lex Ribuarica enthält aber die Aktivstufung nicht nur bei dem Königsbanne, sondern erstreckt sie durch die Generalnorm des T. 10 auf alle Bußen der Lex¹³²⁾. Deshalb mußte die Berücksichtigung der Lex zu der Frage anregen, wie es hinsichtlich der Aktivstufung bei der Anwendung der fränkischen Volksrechte auf die Sachsen zu halten sei. In der Tat scheint mir auch die Fassung der beiden Tatbestände dafür zu sprechen, daß T. 10 Abs. 2 der Lex Ribuarica als Vorlage für c. 5 des Cap. Sax. verwendet worden ist.

Auf diesen Wegen gelangte ich zu einer Auffassung des c. 5, die sich nach drei Richtungen näher bestimmen läßt.

5. Die Vorschrift ist eine Kollisionsnorm. Sie bezieht sich in der Tat auf die Anwendung der fränkischen Gesetze bei Zahlungen der Sachsen infolge des Personalprinzips. Sie setzt die Geltung des Personalstatuts voraus, aber beschränkt seine Wirkung durch die sächsische Aktivstufung zugunsten der zahlenden Sachsen. Es handelt sich um die Lösung eines Problems, das auch in dem Internationalen Privatrechte der Gegenwart in verschiedenen Formen auftritt. Die Nationalitätstheorie pflegt es zu bezeichnen als den Konflikt der *loi personnelle* mit dem *ordre publique*. Die Anwendung des persönlichen Rechtes wird durch die Rücksicht auf entgegenstehende Interessen beschränkt (vgl. EGzBGB. Art. 7 Abs. 2, Art. 16 usw.). Diese Auffassung ergibt sich aus der Fassung des Tatbestandes. Die Anwendung gesetzlicher Vorschriften, die für die Franken erlassen sind, auf die Sachsen, also die Anwendung eines fremden Rechtes, das ist ja der typische

130) Vgl. oben S. 82.

131) Vgl. oben S. 78.

132) Vgl. oben S. 80.

Tatbestand, bei dem wir von Kollisionsnormen, heute von Normen des Internationalen Privatrechts reden. Die Vorschrift des c. 5 setzt ferner in den Worten „*ubicumque — secundum legem*“ zahlreiche, aber durch die Gesetze zerstreute Anwendungsfälle voraus. Diese Vorstellung zahlreicher durch die Gesetze zerstreuter Anwendungsfälle paßt auf die Tatbestände der Normenkollision ganz besonders gut, weit besser als auf irgendeine andere gemeinsamer Beurteilung zugängliche Tatbestandsgruppe¹³³). Die Worte enthalten ferner eine Unbestimmtheit der gemeinten Tatbestände, die bei jeder anderen Anordnung sehr auffallend sein würde, aber bei den Kollisionsnormen, auch denen der Gegenwart, typisch ist, weil die fehlende Bestimmtheit sich durch den Eintritt des Kollisionsfalls von selbst ergibt. Denn die Auffassung als Kollisionsnorm erklärt es, daß von einer Lex ohne nähere Kennzeichnung geredet wird. Für die Teilstämme der Franken galten ja besondere Gesetze, die Lex Salica, die Lex Ribuarica und die *Eva Chama-vorum*. Gesetze, die voneinander verschieden waren und nicht zugleich gelten konnten. Welches ist gemeint? Diese Schwierigkeit löst sich ganz allein bei der Annahme einer Kollisionsnorm. Sie gilt für die verschiedenen Gesetze zugleich. Das jeweils anzuwendende Gesetz mußte sich ganz selbstverständlich aus dem Kollisionsfalle ergeben. Bei einem Delikte gegen den Salier kam das salische Recht in Anwendung und bei einem Delikte gegen einen Ribuarier das ribuarische. Deshalb konnte und mußte eine nähere Kennzeichnung der Lex bei einer Kollisionsnorm unterbleiben. Aber bei keiner Vorschrift anderen Inhalts, etwa bei der Einführung fränkischer Normen in Sachsen, wie sie Brunner annimmt. Es gab kein gemeinfränkisches Gesetz, sondern es gab nur *Leges* der Teilstämme¹³⁴).

133) Die Gleichheit der Tatbestandbildung wird allerdings einem Juristen, der gewöhnt ist, Kollisionsnormen anzuwenden, deutlicher erscheinen als einem Historiker.

134) Das Auslegungsproblem des c. 5 zeigt uns die seltene Erscheinung, daß eine Erwägung schlechthin durchgreift. Wer sich vergegenwärtigt, daß es überhaupt keine Lex Francorum gab, sondern nur *leges* der Teilstämme, der muß auch einsehen, daß c. 5 nur als Kollisionsnorm infolge der durch das persönliche Recht des Saliens oder Ribuariers sich ergebenden, genaueren Bestimmung der Lex praktisch anwendbar war. Mit jedem anderen Inhalte wäre die Vorschrift ein Schlag ins Wasser gewesen.